

Berliner Tageblatt

Nr. 565

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Sonabend, 11. Dezember 1926

Druck und Verlag von Rudolf Morffe in Berlin.

Einigung in Genf?

Eine Sonderbesprechung Stresemann-Chamberlain.

Die heutige Sitzung der Fünf.

Bericht an den Reichskanzler.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 11. Dezember, 1 Uhr 50 Min.

Zuerst wurde über das Ergebnis der heutigen Besprechung dem Reichskanzler telephonisch Bericht erstattet. Wie ich erfahre, sind in den frühen Nachmittagsstunden noch Besprechungen mit den Vertretern Polens und der Tschechoslowakei statt. Die Untersuchungsfrage gilt als befriedigend geregelt. Auch in der Entwurfsfrage glaubt man hier, daß die provisorisch vereinbarte Regelung ohne weiteres angenommen werden könne. Um 3 Uhr empfängt Chamberlain die internationale Presse, um ihr Mitteilungen über die Ergebnisse der Verhandlungen zu machen. Chamberlain reist heute abend ab.

Genf, 11. Dezember, 1 Uhr 30 Min.

Sieben Minuten nach 1 Uhr verließen Stresemann und Staatssekretär Schubert das Hotel Beau Rivage. Kurz danach ermittelte Scholze und Vanderveerde. Auf die Frage, ob heute mittig die Ausrüstung stattfinden, erwiderte Vanderveerde: „Genau“. Auf eine weitere Frage, ob dies die endgültige Einigung über alle Fragen bedeutet, entgegnete Vanderveerde mit der Mahnung nicht zu weitgehende Schlüsse zu ziehen. Von anderer Seite wurde erklärt: „Die Sache geht weiter.“ Briand und Chamberlain blieben im Hotel Beau Rivage zusammen. Über das tatsächliche Ergebnis erfuhr ich folgendes: Man hat sich vor allem mit der Frage der Erledigung der Restpunkte der Entwurfsfrage, den Festsetzungen und dem Kriegsmaterial, befaßt. Es wurde provisorisch eine Formel vereinbart, die sich in der Richtung bewegt, die vielfach diskutiert wurde und hauptsächlich ein schiedsgerichtliches Verfahren vorsieht. Dies wurde bedeutet, daß England im Punkte der Kriegsmaterialfrage soweit entgegengekommen ist, daß die Regelung für Deutschland annehmbar erscheinen kann. Es ergeben demnach noch einige Rückfragen der hiesigen Delegierten in den verschiedenen Hauptpunkten. Sichtlich der vorläufig vereinbarten Einigungsformel werden die verschiedenen Minister nacheinander bei ihren Regierungen anfragen, von deren Zustimmung die Formel abhängen wird. Eine weitere Zusammenkunft der Minister ist vorläufig noch nicht vereinbart. Die Ausrüstung findet, wie angegeben, nachmittags 4 Uhr statt und ist zunächst vertraulich. In dieser Sitzung soll, wie bereits erwähnt, die Annahme des neuen Untersuchungsverfahrens erfolgen. Daraus geht hervor, daß noch ausstehende Schwierigkeiten in der Besprechung zwischen Francotomeo und Schuy heute vormittag beseitigt worden sind.

Genf, 11. Dezember, 1 Uhr 20 Minuten.

Die unerwartete Tatsache, daß heute früh der französische Gesandte in London, Comagère, bei Ministerialdirektor Gaus erschien und eine Stunde lang mit ihm beriet, die ebenfalls unerwartet angeordnete Sonderbesprechung Stresemann mit Chamberlain vor Beginn der allgemeinen Beratung zeigen, daß sie heute nacht neue Momente aufzutreten sind, die die Situation ungewiß gestaltet haben. Da die Ausrüstung ausschließlich von dem Ergebnis der Staatsmännerversammlung abhängt, die zuerst noch im Gange ist, ist bei der Beurteilung dieses Zwischenstandes die größte Zurückhaltung geboten. Während man gestern noch an maßgebender Stelle der Meinung war, daß die Formulierung der Untersuchungsfrage abgeschlossen sei, zeigt die heutige Zwischenbesprechung, die auf französischem Wunsch erfolgt ist, daß man von dieser Seite neue Bedenken oder Einwände erhebt. Diese können sich nur auf die sogenannten händigen Kontrollen betreffen. Heute nacht hat ein ausgedehnter amtlicher Telegrammwechsel zwischen Genf und Paris stattgefunden. Man muß bei der Beurteilung der Schlage sehr vorsichtig sein. Die Besprechungen aller zu verhandelnden Fragen eingehend werden. Die Besprechungen haben auf Grund des über erstellten Gutachtens des militärischen Komitees keine Entscheidung getroffen, sondern lediglich Bericht erstattet. Daraus geht hervor, daß die hier anwesenden Staatsmänner der in der Vorkonferenz vertretenen Staaten zunächst fundgebend wissen, ob nach diesem Ergebnis der Beratung der Vorkonferenz das Ende der Militärkontrollen hier ausgeprochen wird. Sodann ergibt sich die weitere Frage, in welcher Weise die Regelung der beiden noch ausstehenden Punkte (Festsetzungen und Ausrüstung des Kriegsmaterials) zu erfolgen hat. Es kommt bekanntlich hierbei die Möglichkeit in Frage, die Angelegenheit schiedsgerichtlich entscheiden zu lassen. Von englischer Seite wird

hiergegen entschiedener Widerspruch erhoben und verlangt, daß Deutschland die englischen Forderungen ohne weiteres annimmt. Es ist namentlich von französischer Seite angesetzt worden, mit der Regelung dieser Fragen lediglich den Verkehr auf dem Wege des neuen Untersuchungsverfahrens zu betonen. Die deutschen Bedenken hiergegen sind bekannt. So besteht ein Zusammenhang dieser Fragen mit derjenigen des neuen Untersuchungsverfahrens, und es ergibt sich, daß im wesentlichen eine grundsätzliche Einigung über den gesamten Fragenkomplex erzielt werden muß. In dieser Stunde muß angefaßt werden, in welcher Situation und der Schwierigkeiten, deren Lösung sich noch nicht absehen läßt, immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß man am heutigen Sonabend noch nicht zum Abschluß gelangt. Es stellt sich das Bild dar, während die Staatsmänner beraten. Die Besprechung dauerte kurz nach 1 Uhr noch an.

Was sich vor der Einigung begab.

Telegramm unserer Korrespondenten

Paris, 11. Dezember.

Die getriggerte Entscheidung der Vorkonferenz ist einstimmig erfolgt, und es handelt sich, wie ein der Verhandlung zugehöriger Mitarbeiter der Konferenz versichert hat, in demselben unstrittigen Fragen nicht um eine technische Diskussion, sondern um Prinzipien. Die Vorkonferenz hoffte, wie man hier behauptet, auf ein zumindest formelles Entgegenkommen des General v. Pawels, und wenigstens Jules Cambon und Lord Grey wären geneigt, über die Schwierigkeiten der Stunde hinwegzugehen und die weiteren Gesichtspunkte einer für den Frieden arbeitenden Zukunft ins Auge zu fassen. Aber die Erklärungen des General v. Pawels vor dem internationalen Militärkomitee von Versailles hätten nicht die Wichtigkeit erlangen, irgendwelche Kompromisse zu finden. Der deutsche Delegierte erklärte, daß er nicht beabsichtigt ist, die von ihm verlangten Verpflichtungen zu übernehmen. Nach der deutschen Auffassung ist Deutschland durch den Vertrag von Versailles dazu ermächtigt, die Festlegungswerte von Königsberg in bräunlichem Zustand zu erhalten, um bei einer theoretisch möglichen politischen Schwäche die notwendigen Verteidigungsmittel zur Verfügung zu haben.

So lautet wenigstens die französische Darstellung der deutschen Erklärung. Es ist zu vermuten, daß der General v. Pawels etwas weniger direkt gesprochen, aber der Sinn und das Resultat der Erklärung dieselbe gewesen wären. Der Marschall Foch erwiderte dem im Namen des Militärkomitees, daß der Vertrag von Versailles bestimmte, die Festsetzungen der südlichen und östlichen Grenzen Deutschlands könnten im „état actuel“ erhalten bleiben, d. h. wie sie 1919 bei Abschluß des Vertrages ausfähen, daß aber alle Erweiterungen und Verbesserungen nach dem Wortlaut des Vertrages verboten seien. Der General v. Pawels beschränkte sich auf die Antwort, daß er die Meinung des Militärkomitees der Reichsregierung mitteilen werde, daß er aber nicht glaube, die deutsche Auffassung könne geändert werden. Unter diesen Umständen konnte die Vorkonferenz in ihrer Sitzung nichts anderes tun, als von den deutschen Erklärungen Kenntnis zu nehmen. Es wurde sofort ein ausführlicher Bericht redigiert und telegraphisch nach Genf übermittelt.

So ist die übereinstimmende Darstellung der französischen Zeitungen, die, wie sofort erklärt werden muß, die Tatsachen sehr tendenziös schildert. General v. Pawels hat die Erklärungen, zu denen er verpflichtet war, nicht in einem „scharfen“ Ton vorgebracht, wie das „Journal“ behauptet, und der Marschall Foch hat ebenfalls eine „scharfe“ Antwort erteilt, sondern die ganze Erklärung ist durchaus ruhig gehalten und es wurde auf beiden Seiten mit Bedauern konstatiert, daß trotz der Bereitwilligkeit auf beiden Seiten eine Verständigung über den grundsätzlichen Standpunkt nicht erfolgen konnte. Das gleiche gilt für den zweiten Differenzpunkt, der die Gestaltung der Ausrüstung von Kriegsmaterial betrifft, und von dem in den Pariser Wäldern so gut wie gar nicht gesprochen wird. Diese Meinungsverschiedenheit wird als die Sache Englands betrachtet. Sie ist deshalb nur um so schwerer zu beurteilen, denn außer der englischen Komitaille, von der immer nur gesprochen wird, hat auch die englische Industrie hinter den Kulissen der Diplomatie auf die Entscheidung der Vorkonferenz einen bedeutenden Einfluß ausübt.

Die Minister in Genf sind nach den Berichten der französischen Blätter durch die neue Stellung penibel über das Problem. Sie glauben nicht an eine bedingungslose Zustimmung Deutschlands, aber sie hoffen auf die Möglichkeit eines provisorischen Kompromisses. Briand hat nach der Meldung Sauerweins im „Matin“ gestern an Poincaré telegraphisch und den Ministerpräsidenten um eine Meinungsäußerung ersucht. Briand hat in seinem Telegramm angezeigt, welche Wünsche übrig bleiben und wie er selbst entscheiden würde, wenn er nicht zu entscheiden hätte.

Zur Groß-Hamburg-Frage.

Letzte Möglichkeiten der Verständigung. — Wann kommt das „großhamburgische Locarno“? — Eine Unterredung mit Bürgermeister Peterßen.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Alfred Frankenkofeld.

Hamburg, 10. Dezember.

In einem vor kurzem im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Aufsatz sind die großen Schwierigkeiten erörtert worden, die einer endlichen, von beiden Parteien erzielten Lösung des sogenannten Groß-Hamburg-Problems heute mit verstärkter Kraft entgegenstehen, nachdem die wissenschaftlichen Verhandlungen in einer Frage des preussischen Landtags mit einer Einigung an die Schwellen der Hansestädte Hamburg und Bremen den Versuch gemacht, auf einer neuen neutral-parlamentarischen Basis die festsitzenden Verhandlungen wieder zu beleben und damit noch vor der Einbringung und Erledigung der bekannten Gesetzentwürfe zum Interlocutorium Möglichkeiten zu einer gegenseitigen Verständigung aufzugeben. In eben diesem Sinne der Verständigung in einer Frage, deren Lösung das Interesse des Reiches dringend erfordert, erzieht es nützlich, den hamburgischen Standpunkt von autoritativer Stelle aus in letzter Stunde noch einmal öffentlich kundzugeben. In der folgenden Unterredung mit dem Präsidenten des hamburgischen Senats, Bürgermeister Dr. Peterßen, kommt zugleich der harte Wille zu einer freundschaftlichen Verständigung selbst ohne territoriale Veränderungen in einer Weise zum Ausdruck, der sich auch die preussische Regierung nicht erziehen sollte. Frage und Antwort folgen immer unmittelbar aufeinander.

„Wie faßt man in Hamburg die preussische Eingemeindungsverträge auf?“
„Die preussische Regierung hat sich viele Argumente des Drows-Hoederichs Gutachten zu eigen gemacht, aber nicht das Wesentliche. Dies Wesentliche ist: Man erhebt die Hamburgs Verhältnisse, indem man, wie die zuständigen Reichsorgane, nämlich die Zentralstelle für die Obergericht des Deutschen Reiches, im Januar 1922 vorgeschlagen hat, die organische Weiterentwicklung seines Hafens sichergestellt, und lasse es dann auch die Kosten, die jetzt Preußen aus eigener Tasche an Hamburgs Nachbargemeinden zahlen muß, tragen. Man ermögliche ferner durch einen Verwaltungsausgleich eine einheitliche Erledigung des großhamburgischen Gesamtgebietes. Mit anderen Worten: Man löse das Problem mit Hamburg und nicht gegen Hamburg.“

„Ist man in Hamburg der Auffassung, daß Preußen tatsächlich Hamburg zu einem Aufgehen in Preußen zwingen will?“

„Wir haben keinen Zweifel, daß das leider die Meinung der jetzigen preussischen Regierung ist. In den Verhandlungen wurde uns gegenüber wiederholt ausgesprochen, was ja auch von preussischer Seite immer wieder in die Presse gebracht wird, daß die deutschen Kleinstädten heute keine staatliche Lebensberechtigung mehr hätten. Für diese Behauptung steht in Bezug auf die Hansestädte jeder Beweis. Wir sind im Gegenteil seit davon überzeugt, daß die Hansestädte bei der gegenwärtigen Struktur des Reiches eine sehr hohe Lebensberechtigung und eine sehr hohe Reichsbedeutung haben. Wie in aller Welt kann denn die Behauptung bewiesen werden, daß die Stellung Hamburgs an der Unterseite heute in irgendeiner Form erquickert ist? Wer soll sie denn erschlaffen lassen? Gena die kleinen hantingigen Verfechter aufzumecken haben! Glaubt man wirklich, daß eine Erschließung der Häfen auf Skatow und dem Hohenchar, zu denen man nur durch eine vier große Schiffe recht komplizierte Anfahrts gelangen kann, wirklich zu einer ernsthaften Konkurrenz für Hamburg führen könnte? Wir sind ganz und gar nicht der Ansicht. Diese Häfen können nach unserer Meinung nur dann eine wirkliche Bedeutung besitzen, wenn sie innerhalb der gesamten hantingigen Hafenorganisation ausgenutzt werden. Aber das ist schließlich eine preussische Angelegenheit, wie es auch eine preussische Angelegenheit ist, wenn man Firmen, die Hafengebiete suchen, auf preussischem Gebiet ein Entgegenkommen bewirkt, das Hamburg einseitig nicht bewirken kann, weil es wirtschaftlich arbeiten muß und nicht in der Lage ist, solche Verträge mit Verpflichtungen des Staates an den Käufer zu belasten, die sich als sehr unwirtschaftlich erweisen werden. Das Wesentliche für uns Hamburger ist eben die grundsätzliche Einstellung des größten deutschen Landes, daß wir, obwohl wir nach dem Sturmtrommeln haben, obwohl unsere finanziellen Verhältnisse gesund und unser Auslandskredit so ausgezeichnet ist, daß wir die beste Anleihe abschließen konnten, die bisher von einem deutschen Land im Ausland überhaupt abgeschlossen worden ist, als Staatsbank keine Lebensberechtigung mehr besitzen sollen. Vor einiger Zeit war in Hamburg eine japanische Kommission, die sehr hohes Interesse für unsere Verfassungsfragen bekundete. Als wir diesem Interesse nachgingen, erfuhr man, daß man in Japan bei der Organisation eines neuen Hafens diesem Hafengebiet eine absolute staatsrechtliche Stellung geben wollte, wie sie Hamburg beiste, weil man sich davon überzeugt habe, daß Hamburgs Leistungsfähigkeit von seiner staatlichen Selbständigkeit in hohem Maße abhängig sei. Das ist eben das entscheidende Moment für die gesamten preussischen Einstellungen, daß die gegenwärtige preussische Regierung die Auffassung vertritt,

Die fünf für man wieder abgesetzt! Die Minister wollen nichts mehr von uns wissen.

Das heißt nicht für die fünf für man wieder abgesetzt! Die Minister wollen nichts mehr von uns wissen.